

Können wir was tun? Was können wir tun?

Schreiben Sie Briefe, Mails, unterzeichnen Sie Protestaufrufe gegen TTIP, machen Sie bei Internetaktionen mit, tragen Sie sich in die Newsletter der TTIP kritischen Organisationen ein. Hier ein paar Adressen:

Internetadressen:

www.agenda21senden.de

www.attac.de

www.attac-coe.de

www.avaaz.org

www.bi-havixbeck.de

www.campact.de

www.familien-partei-kreis-coesfeld.de

www.gruene-coe.de

www.die-linke-kreisoesfeld.de

www.spd-coe.de

www.umweltinstitut.org

NEIN zu **TTIP** **JA** zur **Demokratie**

Impressum:

Herausgeber: Attac-COE

Redaktion: Joachim F. Gogoll

Für gezeichnete Artikel übernimmt der Herausgeber und die Redaktion keine Verantwortung.

Frage: Was bedeutet TTIP für unsere Kom- munen und Bürger?

- *Unterordnung berechtigter Interessen der Bürger unter die Gewinnmaximierung von Unternehmen!*
- *unsere demokratisch gewählten Parlamente verlieren an Macht und Gestaltungsmöglichkeiten!*
- *Schiedsgerichte zerstören unsere bewährte Justiz!*
- *Zerstörung der gesetzlichen Krankenkassen zugunsten privater Versicherer!*
- *Kulturveranstaltungen nur noch nach den Kriterien der maximalen Gewinne!*
- *nur noch private Versicherer, Abbau der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung!*
- *Gentschnisch veränderte Pflanzen im Freiland können nicht mehr verhindert werden*
- *Energie- und Wasserversorgung werden durch eine drohende Privatisierung für viele Bürger nahezu unerschwinglich!*

d.h.: andere bestimmen über unsere kommunalen Lebensgrundlagen

 **attac-coe**

TTIP und die Kommune vor Ort

oder wie das „Freihandelsabkommen“ die Freiheit des Bürgers und seiner Kommunalpolitik einschränkt!

WARUM wir Bürger uns gegen einen solchen Versuch der Entmündigung wehren müssen, bevor es zu spät ist!

Das Freihandelsabkommen TTIP zerstört die kommunale Selbstbestimmung der Bürger

Kaum glaublich, aber wahr: sollte TTIP ohne Änderungen in der Form verabschiedet werden, wie es sich jetzt im Moment abzeichnet, dann hat dieses Freihandelsabkommen erhebliche Auswirkungen auf die Kommunen und damit auf uns Bürger direkt. Wir haben nur einige wenige Punkte hervorgehoben, damit sich der Einzelne ein Bild von der Katastrophe machen kann, die da jetzt auf uns zurollt, wenn wir uns nicht wehren.

Mieten und Mieterschutz nach der Einführung von TTIP

Aufhebung des Mieterschutzes vor zu hohen Mieten (Mietpreisbremse).
Klagerecht von Wohnungsbaukonzernen dagegen wegen entgangener möglicher Gewinne.

Halbierung der finanziellen Förderung von Sozialem Wohnungsbau, durch Aufteilung der Zuschüsse auch an privaten Wohnungsbau. Die Folge: kaum bezahlbarer Wohnraum für Normalverdiener, dadurch steigende Zahlungen an Mietzuschüssen für Normal- und Geringverdiener. Das heißt: die Gewinne von privaten Wohnungsanbietern werden mit Steuergeldern subventioniert.

Die Wasser- und Energieversorgung nach Einführung von TTIP

Steigende Wasserpreise nach der Privatisierung der Wasserversorgung. Reinheitsqualitätsstandards können gesenkt werden, ohne dass die Kommune dagegen etwas tun könnte.

Rasch steigende Energiepreise nach der Privatisierung der Energieversorgung. Keine Möglichkeit mehr durch den Bürger auf die Art der Energiegewinnung vor Ort Einfluss zu nehmen.

Schadensersatzforderungen der Energiekonzerne an die Kommunen, wenn die ökologischen Normen der Energiegewinnung durch die Kommunen nach oben gesetzt wurden.

Die Krankenhäuser und das Gesundheitssystem nach Einführung von TTIP

Privatisierung von Krankenhäusern, Einführung von privaten Gesundheitszentren, Arztpraxen vor Ort müssen teilweise wegen Unrentabilität schließen.

Krankenhaus und Arztbesuch nur mit Bankkarte, da die gesetzliche Krankenversicherung wegen der Gleichbehandlung mit den privaten Kassen weniger staatliche Zuschüsse erhält. Krankenversicherung nur noch für Besserverdienende erschwinglich

Für Empfänger niedriger Einkommen ist allenfalls eine medizinische Grundversorgung möglich. Wer mehr will, muss mehr zahlen. Oder aber....!

Flächennutzungspläne nach TTIP

Auf dem Klagewege könnten Konzerne die Gemeinden zwingen, Flächen die bisher einem besonderen Schutz zum Wohle der Anwohner unterliegen, in Gewerbe - oder Anbauflächen umzuwandeln, ohne dass die Kommune Einfluss darauf hätte, welche Betriebe mit welchen Produktionsmethoden sich dort ansiedeln dürfen. (Stichwort: Mastanstalten, Chemiefabriken usw.)

Konzerte, Theater, Museen und Bibliotheken nach Einführung von TTIP

Da nun nach der Einführung von TTIP alles der Wirtschaftlichkeit untergeordnet wird, sind nun Tür und Tor geöffnet für die privaten Anbieter von Konzerten und anderen kulturellen Events, die sich nun für ihre nur auf Gewinnmaximierung bedachten Produktionen die gleichen Zuschüsse vom Staat holen könnten, wie sie bisher schon Theater, Museen und Bibliotheken erhalten haben. Das würde im Extremfall bedeuten: weniger kulturelle Vielfalt durch Schließung öffentlicher Kulturträger.

www.attac-coe.de